<https://doi.org/10.1007/s00350-020-5666-0>

Die Arztpraxis in der Insolvenz

Von **Niclas Lauf** Springer-Verlag GmbH Berlin, Heidelberg 2019, 222 S., geb., €89,99

Niclas Lauf beschäftigt sich in seiner von Katzenmeier betreuten, im Dezember 2018 eingereichten Dissertation auf ca. 200 Seiten mit einer Thematik, die angesichts einer niedrigen Anzahl von Insolvenzen von Arztpraxen zwar rechtspraktisch ein seltenes Phänomen, jedoch wegen zahlreicher Rechtsfragen auf der Schnittstelle von Insolvenzrecht zum Medizinrecht von großem Interesse ist. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Ende Mai 2019 berücksichtigt werden.

Der Verfasser grenzt den Begriff der Arztpraxis als Ausdruck für Berufsausübungsgemeinschaften, Organisationsgemeinschaften und Praxisverbünde von Krankenhäusern sowie Medizinischen Versorgungszentren/Dialysezentren ab. Etwas missverständlich ist es, wenn auf S. 7 die Arztpraxis als juristische Person dem in Einzelpraxis tätigen Arzt gegenübergestellt wird, obgleich eine GbR keine solche ist und die Kategorisierung gerade im Hinblick auf den Insolvenzeröffnungsgrund einer Überschuldung von Bedeutung ist (vgl. S. 7, 9 ff., 24).

Eine Differenzierung nach sog. Typen einer Arztpraxis ist deshalb zweckmäßig, weil sich daran unterschiedliche Rechtsfolgen knüpfen. Beispielhaft erwähnt Lauf den Vollstreckungsschutz bezüglich der Einrichtung einer Einzelpraxis im Unterschied zur Berufsausübungsgemeinschaft (S. 58 f.), aber auch weitere Fragen der Zugehörigkeit zur Insolvenzmasse (S. 47 f.).

Auf besonderes Interesse stoßen die Ausführungen zur Frage der Zugehörigkeit vertragsärztlicher Honorarforderungen – eine Thematik, welche das BSG und den BGH in Zivilsachen, Insolvenzrechtssensat, in der Vergangenheit entzweit hatte, kürzlich aber mit Entscheidung des BGH (Urt. v. 21.2.2019 – IX ZR 246/17) zu einer gewissen Vereinheitlichung der Rechtsprechung führte.

Das Problem der Schweigepflicht und einer möglichen Strafbarkeit gemäß § 203 StGB wird betreffend die Abtretung von Honorarforderungen an Verrechnungsstellen gesehen. Bedauerlicherweise nicht behandelt wird allerdings die Kontroverse zwischen Vertragsarztrechtssensat des BSG und dem BGH in Zivilsachen betreffend die Frage der auch im Insolvenzverfahren bedeutsamen Abtretung von ärztlichen Vergütungsforderungen. Diesbezüglich ist der BGH einer Entscheidung des BSG (Urt. v. 27.6.2018 – B 6 KA 38/17 R) entgegengetreten („a. A. BSG“, vgl. Rdnr. 14 des Urt. des BGH v. 6.6.2019 – IX ZR 272/17), ohne aber den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes anzurufen, was den Vertragsarztrechtssensat des BSG in einer Folgeentscheidung dazu veranlasste, den BGH harsch zu kritisieren: „Zwar wird eine Würdigung dieser Äußerung dadurch erschwert, dass der 9. Senat des BGH seine Vorbehalte gegenüber der genannten Rechtsprechung des erkennenden Senats nicht näher erläutert hat. Aus Sicht des obersten Gerichtshofes des Bundes, der für die rechtliche Beurteilung öffentlich-rechtlicher Satzungsregelungen wie der hier streitigen Abrechnungsordnung

primär rechtswegzuständig ist (vgl. § 51 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 S. 1 letzter Halbs. SGG), erscheint gleichwohl die vom BGH offenbar bevorzugte Anwendung seiner Rechtsprechung zur Rechtmäßigkeit von Abtretungsverboten in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Privatrechtsverkehrs im vorliegenden Kontext wenig überzeugend.“ (BSG, Urt. v. 11.12.2019 – B 6 KA 11/18 R –, Rdnr. 30).

Im Zusammenhang mit einer Übergabe der Patientenunterlagen weist Lauf zu Recht auf die zu beachtenden Regelungen der DSGVO und die Anforderungen an eine ausdrückliche Einwilligung hin (S. 149 ff., 151). Er spricht sich in Bezug auf eine Einsichtnahme des Insolvenzverwalters in die Behandlungsunterlagen für eine Abwägung im Einzelfall aus; es komme darauf an, ob das Befriedigungsinteresse der Gläubiger im Einzelfall Vorrang vor dem Interesse der Patienten am Schutz ihrer personenbezogenen Daten habe. Der Gesichtspunkt, ob es des Abschlusses eines Auftragsvertragsvertrages i. S. d. Art. 28 DSGVO bedarf oder eine gemeinsame Verantwortlichkeit i. S. d. Art. 26 DSGVO vorliegt, wird indes nicht erörtert.

Lauf beschäftigt sich ferner mit berufsrechtlichen Vorgaben, welche er in einer Konfliktlage zur vom Insolvenzverwalter anzustrebenden betriebswirtschaftlichen Führung der Praxis sieht (vgl. S. 104). Daher geht er in Kapitel 4 gesondert dem Umstand nach, dass die BÄO einer gemeinsamen Praxisführung von Insolvenzverwalter und Arzt entgegensteht. Die Anordnung der Eigenverwaltung durch das Insolvenzgericht i. S. d. §§ 270 ff. InsO stelle eine mögliche Lösung dar (S. 115, 176 ff.). Damit ist die Verwertung einer insolventen Arztpraxis angesprochen, eine Frage, welcher Lauf ein eigenständiges Kapitel 6 (S. 167 ff.) widmet. Zu Recht erkennt er, dass der Insolvenzverwalter die Praxis ohne Zustimmung des Insolvenzschuldners veräußern darf (S. 171). Allerdings hätte er diese wohl der herrschenden Meinung entsprechende Auffassung mit Blick auf die Verwertung insolventer Berufsausübungsgemeinschaften vor dem Hintergrund hinterfragen können, dass verschiedene Gesellschafter womöglich divergente Interessen verfolgen und die vertragsärztlichen Zulassungen ggf. nicht im Rahmen der Verwertung der Berufsausübungsgemeinschaft zur Verfügung stellen werden. Daher dürften einer Übertragung der mehrgliedrigen Praxis auf einen anderen Rechtsträger Grenzen gesetzt sein dürften. Dies kann dazu führen, dass die Patientenversorgung gefährdet ist, eine Situation, welche die Rechtsprechung beispielsweise im Rahmen der Liquidation von ärztlichen Berufsausübungsgemeinschaften motiviert, rechtliche Modifikationen vorzunehmen (dazu Ziegler, GesR 2020, 137). Womöglich lassen sich diese Gedanken auch im Hinblick auf die Verwertung insolventer Arztpraxen fruchtbar machen.

Soweit Lauf sich skeptisch gegenüber einer übertragenden Sanierung bei Ärzte-Gesellschaften äußert (vgl. S. 187 f.), relativiert sich dies womöglich unter Berücksichtigung der Zuweisung der Anstellungsgenehmigung an die Gesellschaft und nicht an den einzelnen Arzt (BSG, Urt. v. 4.5.2016 – B 6 KA 24/15 R).

Die Arbeit auf der Schnittstelle zwischen Insolvenz- und Medizinrecht hat ein anspruchsvolles Thema zum Gegenstand, wobei die vertragsarztrechtlichen Bezüge teilweise nicht deutlich genug herausgearbeitet und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BSG behandelt werden. Dies kann aber den positiven Gesamteindruck nicht schmälern – zumal auch oberste Bundesgerichte ihre „Schwierigkeiten“ mit einer Berücksichtigung vertragsarztrechtlicher Regelungen im Insolvenzverfahren haben, wie die höchststrichterlichen Kontroversen um Fragen der Zugehörigkeit von ärztlichen Vergütungsforderungen zur Insolvenzmasse zeigen.

Ole Ziegler

Rechtsanwalt Dr. iur. Ole Ziegler,
Fachanwalt für Medizinrecht,
Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Mediator,
PLAGEMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaft mbB,
Niedena 13–19, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland